

Der 9. November ist nicht nur der Tag der Reichspogromnacht, die hier in München, in der Hauptstadt der Bewegung, im alten Rathaus nach Tagen der Krawalle von Goebbels final ausgerufen wurde. Er ist nicht nur der Tag der Novemberrevolution in Berlin und des Mauerfalls 1989. Es ist auch der Tag des Hitler-Ludendorff-Putsches.

Obwohl der Putsch kläglich scheiterte, wurde er Teil des mythischen Kults der Nationalsozialisten. Noch 1990 versuchte sich ein Teil der 800 Holocaustleugner, die sich im Löwenbräukeller am Stiglmaierplatz versammelt hatten, an einem spontanen „Marsch auf die Feldherrnhalle“. In dieser Tradition wollte 2015 auch Pegida an der Feldherrnhalle demonstrieren.

Eigentlich hätte ich heute angesichts des vielfach bedeutungsvollen Datums gerne nur über unsere demokratischen Errungenschaften gesprochen. Über die Freiheit zum Beispiel.

Über die individuelle Freiheit, die unser mühsam erkämpftes Grundgesetz 81 Jahre nach der Reichspogromnacht garantiert. Und über die individuelle Freiheit, die der Mauerfall vor 30 Jahren den Bürger*innen der DDR versprach. Über die vielen individuell freien Menschen, die in der Summe eine freiheitliche Gesellschaft ausmachen. Sollten.

Aber mit der Freiheit ist es nicht ganz so einfach.

Was braucht der Mensch, um frei zu sein? Würde. Artikel 1 Grundgesetz. Schutz vor Armut, Willkür und Gewalt. Ein Umfeld ohne autoritäre Strukturen. Eine demokratische Erziehung? Ja. Aber selbst dann muss man all die Freiheit ja auch aushalten. Also braucht es Mut. Selbstvertrauen. Eigene Werte und Überzeugungen, um sich zu orientieren. Also Persönlichkeit. Oder Identität. Denn ein Mensch mit Identität beäugt Massenbewegungen mit der nötigen Skepsis. Er fürchtet nicht, verwechselt oder gar ausgetauscht zu werden. Ein Mensch mit Identität begegnet anderen Menschen. Er muss sich nicht pauschal abgrenzen, denn er kann individuelle Grenzen setzen. Identität ist das Gegenteil von identitär.

Das Erstarren der AfD und eine Mischung aus Hilflosigkeit, Schockstarre und Gleichgültigkeit in Politik, Medien und Zivilgesellschaft haben eine Erosion der politischen Kultur in Gang gesetzt, die unsere Gesellschaft in zwei Lager zu spalten droht.

Und genau das ist das Ziel der Populisten. Denn sie teilen die Gesellschaft in zwei Gruppen: Das „reine Volk“ gegen vermeintlich korrupte Eliten.

Wer Populisten widerspricht, gehört nicht zum „Volk“.
 Populisten sind antipluralistisch und autoritär. Sie schüren Aggressionen gegen von ihnen bestimmte Sündenböcke.

Erinnern Sie sich an den 20. Oktober 2014?

An diesem Tag formierte sich Pegida Dresden. Eine Woche später, am 26. Oktober, kam es zu den Ausschreitungen von Hogesa in Köln. Und plötzlich marschierten in ganz Deutschland alle möglichen -idas.

VOR der Flüchtlingsbewegung vom Sommer 2015 wohlgemerkt.

Parallel dazu verzeichnete die rechtsextreme AfD zunehmende Erfolge, obwohl sie bis 2016 nicht einmal ein Wahlprogramm hatte und bis heute keine Lösungsansätze für politische Fragen zu bieten hat.

Die Grundprinzipien der AfD sind

- 1.) Propaganda zum Selbstzweck und
- 2.) die Sabotage der politischen Kultur.

Sie aktiviert die Ressentiments von vermeintlich Zukurzgekommenen. Sie propagiert Sündenböcke und hetzt gegen alle Bevölkerungsgruppen, die ihre Ansichten nicht teilen. Die AfD sabotiert parlamentarische Abläufe durch Anfragen mit nationalsozialistischen Anklängen.

So wollte sie kürzlich wissen, „welche volkswirtschaftlichen Verluste durch nicht genutzte Erwerbspotentiale“ psychisch Kranker entstehen. Das ist die Logik der Euthanasie, in deren Namen die Nationalsozialisten Tausende sog. „unnützer Esser“ vernichtet haben.

Björn Höcke schreibt von einem „Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“.
 Das ist Verschwörungstheorie und politische Paranoia.

Diese Paranoia suggeriert ein Bedrohungsszenario, in dem Notwehr, also Gewalt, unvermeidlich ist.

Nach nationalsozialistischer Kampftradition der Weimarer Republik kooperierte die AfD als parlamentarischer Arm von Anfang an mit der „Straße“, mit Pegida, Bagida, Thügida usw.

Mit den Märschen der -idas stiegen die rechtsextremen Gewalttaten sprunghaft an. Die Hetze entlud sich augenblicklich.

Zeitgleich lief am Münchner Oberlandesgericht der NSU-Prozess. In den fast 440 Verhandlungstagen konnten wir in einen Abgrund blicken: Da hieß es „Negerfahrzeug“ in einem Polizeivermerk. Da wurde bekannt, dass sich Polizeibeamte im Ku-Klux-Klan organisiert hatten. Da logen dreist grinsende Neonazis, dass sich die Balken bogen und verhöhnten den Prozess. Konsequenzen hatte all das nicht.

Exemplarisch für die beklemmende Aufklärungsblockade war etwa ein Verfassungsschützer aus Brandenburg, Typus Schreibtischtäter. Er klammerte sich an einen Aktenordner, den er dem Richter nicht aushändigen wollte. In besagtem Ordner befanden sich dienstliche Anweisungen dazu, wie er kritische Fragen der Nebenklagevertreter beantworten sollte. Diese Szene ist sinnbildlich. Denn mit dem Bekanntwerden des NSU im November 2011 erfolgte die wohl umfangreichste Aktenvernichtung im Bundesamt und in zahlreichen Landesämtern für Verfassungsschutz, die es während laufender Ermittlungen je gab. Konsequenzen hatte auch das nicht.

Während der Nebenklageplädoyers flossen auch auf der Zuschauertribüne Tränen. Denn in diesen Momenten war der Schmerz der Hinterbliebenen plötzlich lebendig und spätestens hier war klar, dass es die erhoffte Katharsis nach jenem November 2011 nicht gegeben hat.

Am 11. Juli 2018 wurde im NSU-Prozess nach mehr als fünf Jahren das Urteil gesprochen. Der eingefleischte Neonazi André Eminger, engster Vertrauter der Terroristen, dessen Bauch die Tätowierung „Die Jew Die“ ziert und der kurz vor Prozessende über seinen Verteidiger ausrichten ließ, er sei überzeugter Nationalsozialist, wurde zu zweieinhalb statt zu den von der Bundesanwaltschaft geforderten zwölf Jahren verurteilt und noch am Tag der Urteilsverkündung nach nur acht Monaten aus der Haft entlassen.

Der Tatwaffenbeschaffer und ehemaliger NPD-Kader Ralf Wohlleben bekam für die Beihilfe zu neun Morden nur zehn Jahre und wurde kurz nach dem Urteil nach sechseinhalb Jahren U-Haft entlassen.

Der frenetische Applaus einer schwarzgehemdeten Nazi-Horde auf der Zuschauertribüne, in den sich das Schluchzen der Hinterbliebenen mischte, bildete den Schlussakkord in einem der wichtigsten Strafprozesse der Nachkriegsgeschichte. Die beiden aktiven Rechtsextremisten kehrten als Helden in die Szene zurück und der Vorsitzende Richter wurde befördert.

Das Urteil ist ein Schock. Für die Familien der Mordopfer, für Prozessbeteiligte und -beobachter, für uns alle.

Manche sagen, mit dem Urteil sei endlich alles in Ordnung, der Rechtsfriede wiederhergestellt.

Nichts ist in Ordnung. Denn der Komplex NSU ist außen vor geblieben.

Die Vorgänge in den Sicherheitsbehörden sind nicht aufgearbeitet.

Das Terrornetzwerk ist nicht ermittelt.

Heute wissen wir, dass der NSU von V-Männern umstellt war, die vielfach als Brandstifter fungierten. Bis zuletzt wurden Gericht und

Untersuchungsausschüsse von den Verfassungsschutzbehörden belogen, ihre Mitarbeiter und V-Männer vor Strafverfolgung geschützt.

Es war eine politische Entscheidung, an der Legende des „isolierten Terrortrios“ NSU festzuhalten.

Es war eine politische Entscheidung, sich schützend vor den Korpsgeist innerhalb der Sicherheitsbehörden zu stellen.

Es war eine politische Entscheidung, gewaltbereiten Neonazis, darunter zahlreiche V-Männer, mit Samthandschuhen zu begegnen.

Zwischen 2011 und 2018 haben sich 360 rechtsextremen Straftäter auf den NSU berufen.

Das NSU-Urteil war ein verheerendes Signal. Es hat der rechten Szene kommuniziert: „Euch passiert nichts“. Die Szene hat das Signal verstanden und -wie es zynisch im NSU-Bekennervideo heißt- ihren Worten Taten folgen lassen.

Im Sommer 2018 hat die Vereinigung „NSU 2.0“ gedroht, die zweijährige Tochter einer NSU-Nebenklagevertreterin zu „schlachten“. In diesem Zusammenhang wird gegen 38 hessische Polizeibeamte ermittelt. Nach anderthalb Jahren ist noch kein Täter gefunden.

Am 1. September 2018 folgte das Fanal von Chemnitz.

Nach dem Mord an dem Deutsch-Kubaner Daniel H. gab es Demonstrationen in Chemnitz, denen eine neue Qualität anhaftete. Denn dort marschierten Björn Höcke und weitere AfDler im Schulterschluss mit den Rechtsextremisten von Pro Chemnitz. Hetzjagden auf Migranten und Antifaschist*innen sowie Übergriffe auf jüdische, türkische und persische Restaurants folgten.

Kurz danach wurden Mitglieder der mutmaßlichen Terrorvereinigung Revolution Chemnitz festgenommen, die angekündigt hatte, neben ihren Taten werde der NSU wie eine „Kindergartenvorschulgruppe“ wirken.

Der ehemalige Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen entpuppte sich in dem Kontext als das, was er immer war: Ein rechtspopulistischer Verschwörungstheoretiker.

Nicht nur zweifelte er haltlos die Echtheit eines Videos an, das die Hetzjagden dokumentierte. Er sprach in einer Sitzung mit europäischen Geheimdienstlern von „linksradi kalen Kräften“ innerhalb der SPD.

Seit seinem Rausschmiss agitiert Maaßen weiter mit demokratiefeindlichen Äußerungen und lässt mit Bemerkungen wie „ich bin vor 30 Jahren nicht in der CDU beigetreten, damit heute 1,5 Millionen Araber nach Deutschland kommen“ durchblicken, mit welcher inneren Haltung er über all die Jahre sein Amt als „Dienstleister der Demokratie“ geführt hat.

Im Juni 2019 gab es mit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der sich für die Aufnahme von Flüchtlingen eingesetzt hatte, die nächste Zäsur.

Es ist der erste rechtsextremistische Mord an einem Politiker seit 1945. Er erinnert unwillkürlich an die Tradition politischer Morde wie dem an Walter Rathenau in der frühen Weimarer Republik.

Bitter ist die Erkenntnis, dass der Mord an Walter Lübcke vielleicht verhindert worden wäre, hätte man seine Hausaufgaben bei den NSU-Ermittlungen gemacht.

Denn Lübckes mutmaßlicher Mörder, der Kasseler Rechtsextremist Stephan Ernst, war mehrfach Thema bei den NSU-Ermittlungen gewesen.

Einige Berichte über den Gewalttäter Ernst, der noch 2009 eine DGB-Kundgebung überfallen hatte, tragen ausgerechnet die Unterschrift von Andreas Temme.

Andreas Temme ist der Verfassungsschützer, der zur Tatzeit am Tatort des Kasseler NSU-Mordes war. Temme ist der Mann, der anfangs als

Mordverdächtiger geführt wurde und bei dem man Waffen und rechtsextreme Schriften fand. Mit Schweißperlen im Stiernacken und gehetztem Blick hatte er im NSU-Prozess darauf beharrt, am Tatort nichts gehört und nichts gesehen zu haben. Heute arbeitet er in Lübckes Behörde, im Regierungspräsidium Kassel.

Markus H., der Komplize des mutmaßlichen Lübcke-Mörders, stammt wie der NSU aus Thüringen und war dort schon Anfang der 90er Jahre in der rechten Szene aktiv. Er hatte nach dem Kasseler NSU-Mord den polizeilichen Fahndungsauftrag so verdächtig oft angeklickt, dass Polizei bei ihm aufkreuzte. Stephan Ernst und Markus H. waren mit mehreren militanten Rechtsextremisten aus Kassel bekannt. Vieles deutet darauf hin, dass der NSU auch in Kassel ein Unterstützernetz hatte. Ausermittelt ist es nicht.

In einem Verfassungsschutz-Bericht zur rechten Szene in Hessen taucht Lübckes mutmaßlicher Mörder Stephan Ernst 11 Mal auf. Doch dieser Bericht war für skandalöse 120 Jahre gesperrt worden. Nach dem Mord an Walter Lübcke wurde er auf 40 Jahre herabgestuft. Ich wiederhole: Der Bericht ist noch immer für 40 Jahre gesperrt. Das ist ein ungeheuerlicher Modus Operandi. Eine nebulöse Staatsräson wiegt mehr als die Aufklärung von politisch motivierten Morden. Das höchste Gut eines Rechtsstaats ist das menschliche Leben. Seinem Schutz sind alle staatlichen Behörden verpflichtet. Was muss noch geschehen, damit die Verantwortlichen ihre Arbeit machen?

Vor genau einem Monat, am 9. Oktober wurden Jana L. und Kevin S. in Halle erschossen. Nur einer Verkettung von Zufällen ist es zu verdanken, dass es am höchsten jüdischen Feiertag Yom Kippur kein riesiges Blutbad in der Synagoge gegeben hat, in die der Täter einzudringen versuchte.

Etwa 200 Todesopfer hat rechte Gewalt in Deutschland seit 1990 gefordert. Mit zwei NSU-Morden und dem Attentat am Olympiaeinkaufszentrum sind elf davon hier in München zu verzeichnen. Mehr als in allen anderen deutschen Städten.

Erinnern will ich an dieser Stelle auch an die 12 Todesopfer und die 213 Verletzten des nicht aufgeklärten Oktoberfestattentats von 1980, für das der Journalist Ulrich Chaussy zu Recht einen Untersuchungsausschuss fordert.

Es ist eine große Herausforderung, vor der wir stehen.

Regierung und Sicherheitsbehörden haben eine jahrzehntelange Entwicklung ignoriert.

Selbst nach der Mordserie des NSU, nach diesem kompletten Systemausfall der Sicherheitsarchitektur, gab es keine konstruktive Fehlerkultur und keine nennenswerten Reformen.

Immer wieder haben Journalisten und zivilgesellschaftliche Akteure entscheidende Hinweise geliefert, die man sich von Behördenseite erhofft hätte.

Aktuell spricht das Bundesinnenministerium von 12.700 gewaltorientierten Rechtsextremisten. Nur 43 davon stufen die Landeskriminalämter als Gefährder ein.

Was also ist zu tun?

Politik und Medien müssen unbeirrt von rechten Provokationen ihre inhaltliche Agenda verfolgen, um nicht handlungsunfähig und passiv zu werden.

Für die Parteipolitik gilt: Es ist kein Platz für Eitelkeiten und Grabenkämpfe. Jetzt gilt es zuallererst, gemeinsam für die Demokratie einzustehen. Wenn CDU-Abgeordnete in Thüringen offen über eine Koalition mit der AfD nachdenken, verursachen sie damit fatale Risse im Demokratiegefüge.

Rechtsextremisten leben ein autoritäres System. Die Sprache, die sie verstehen, ist eine autoritäre. Maximaler Verfolgungsdruck und hohe Strafen sind hier absolut sinnvoll.

Als Zivilgesellschaft müssen wir von Regierung und Sicherheitskräften lautstark scharfe Maßnahmen gegen Rechtsextremisten fordern.

Unabdingbar ist auch die konsequente Entlassung von Extremisten innerhalb der Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr.

Beim NSU ist der kollektive Aufschrei ausgeblieben. Es gab weder nennenswerte Demonstrationen, noch Solidaritätsbekundungen. Das war schlimm für die Hinterbliebenen und beschämend für uns alle.

70-80% der Bevölkerung sind gegen rechts. Doch das ist nicht genug. Wir müssen auch entschlossen und präsent sein.

Zivilgesellschaftlicher Druck wirkt, wie die Demos #ausgehetzt und #unteilbar, aber auch die Proteste gegen das Polizeiaufgabengesetz und die Klimapolitik zeigen. Die Lage ist ernst. Aber wir sind die Mehrheit.

In seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ prognostiziert Björn Höcke, dass uns „in der erhofften Wendephase (offenkundig eines Machtantritts der AfD) harte Zeiten bevorstünden, denn umso länger ein Patient die drängende Operation verweigert, desto härter werden zwangsläufig die erforderlichen Schnitte werden, wenn sonst nichts mehr hilft.“ Dabei werde man „so fürchte ich, nicht um eine Politik der „wohltemperierten Grausamkeit“ herumkommen. D. h., dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Mit „starkem Besen“ solle eine „feste Hand“ und ein „Zuchtmeister“ den Saustall ausmisten.

Das sind konkrete Pläne. Wie einst in Hitlers „Mein Kampf“.

Nach dem Mord an Walter Lübcke und dem Attentat von Halle, nach den AfD-Siegen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sagte ein jüdischer Gelehrter aus Berlin: „Es ist nicht Zeit zu gehen. Es ist Zeit zu kämpfen“.

Er hat Recht. Es ist Zeit zu kämpfen. Angstfrei, entschlossen und souverän.

„Freiheit“ haben die Mitglieder der Weißen Rose einst an die Universität geschrieben. Für die Freiheit sind sie gestorben. Wie Georg Elser, die Mitglieder der sogenannten Roten Kapelle und unzählige andere Opfer der Nationalsozialisten. Für die Freiheit gestorben sind auch die Mauerofer und Oppositionelle in der DDR.

Diese blutig erkämpfte Freiheit ist eines unserer höchsten Güter.

Es ist unsere Pflicht, sie täglich zu verteidigen.

Denn das ist unser Land.